



Andrea E. Ostheimer ist Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Demokratische Republik Kongo in Kinshasa.

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO: KONFLIKT IM OSTEN FORDERT ERNEUT DIE REGIONALE UND INTERNATIONALE KRISEN-DIPLOMATIE HERAUS

Andrea E. Ostheimer

Als am 28. Oktober 2008 die Rebellen General Nkundas auf die Provinzhauptstadt Goma zumarschierten und die kongolesische Armee sowie zehntausende Zivilisten Richtung Stadt oder in den Schutz der Wälder flüchteten, hielt die internationale Gemeinschaft für Stunden den Atem an. Würde der CNDP¹ es wagen, wie bereits 2004 in Bukavu, die Stadt zu besetzen? Welchen Widerstand wäre die UN-Schutztruppe MONUC in der Lage zu leisten? Welche Reaktionen würde der Fall Gomas in der kongolesischen Bevölkerung gegenüber MONUC als auch gegenüber der eigenen Regierung auslösen?

Bereits Ende August 2008 hatten General Nkundas Rebellen mit dem Versuch, ihre Stellungen auszubauen und Verbindungswege zu sichern, ihre militärische Stärke und weiteren Intentionen unter Beweis gestellt. Der mit dem Waffenstillstandsabkommen von Goma (23. Januar 2008) begonnene Amani-Friedensprozess war spätestens zu diesem Zeitpunkt als gescheitert zu betrachten. Insbesondere ab der ersten Oktoberwoche gewann der Konflikt im Osten des Kongo eine neue Dimension, die auch den Ständigen Vertreter des UN-Generalsekretärs dazu veranlasste, eine weitere Truppenver-

stärkung für MONUC einzufordern. Obgleich Präsident Joseph Kabila in seiner Fernsehansprache an die Nation am 9. Oktober noch betonte, dass „Amani“ der einzige Rahmen für eine Lösung des Konfliktes im Interesse aller Beteiligten darstellen kann, stehen die kongolesische Regierung und die Internationale Gemeinschaft mittlerweile vor einem sicherheitspolitischen Trümmerhaufen. Kassandrarufer verkünden bereits eine Balkanisierung des Kongo. Doch sind dies Schlagzeilen, die zwar die internationale Aufmerksamkeit auf die Region ziehen, allerdings wenig mit der Realität vor Ort zu tun haben. Richtig ist vielmehr, dass es schon seit Jahren eine im Osten des Kongo etablierte Warlord-Ökonomie gibt, deren Nutznießer sowohl Milizen und Rebellengruppierungen als auch staatliche und nicht-staatliche Akteure sind. Eine nachhaltige Lösung des Konfliktes muss vor allem diesen Aspekt berücksichtigen.

DREI VIRULENTE KRISEN IM OSTKONGO

Die kongolesischen Streitkräfte FARDC (Forces Armées de la République Démocratique du Congo) sowie die UN-Mission MONUC stehen mittlerweile drei Krisenherden in der Nordostregion des Kongo gegenüber: Von Uganda aus greift die Lord Resistance Army (LRA) kongolesische Dörfer in der Provinz Orientale an und verübt massive Menschenrechtsverletzungen. In Ituri gewinnt der latente Konflikt zwischen Hema- und Lendu-Milizen neuen Nährboden. Und in Nord-Kivu startet General Laurent Nkunda eine größere Offensive gegen die FARDC. Darüber hinaus ziehen sich diverse Mayi Mayi-Gruppierungen in Süd-Kivu aus dem Demobilisierungsprozess zurück.

HEMA VERSUS LENDU-KONFLIKT IN ITURI DISTRICT

Bereits 2003 nährten die ökonomischen Interessen der Besatzungsmächte Uganda und Ruanda die ethnischen Rivalitäten zwischen Hema und Lendu und führten zu einem militärischen Konflikt, der mehr als 50 000 Tote forderte und schätzungsweise 500 000 Personen vertrieb. Der Konflikt zwischen Hema und Lendu, der 2003 seinen traurigen Höhepunkt erlebte und durch den Einsatz der Interim Emergency Multinational Force (die von Frankreich geführte Operation Artemis) eingedämmt werden konnte, ist nach wie vor latent. Die Operation Artemis brachte dem Distrikt einen oberflächlichen

Als im Oktober der Marsch General Nkundas und seiner Rebellen auf Goma Zehntausende von Zivilisten in der DR Kongo in die Flucht trieb, blickte die Welt auf das zentralafrikanische Land und seine angesichts diverser Krisenherde und einer fest etablierten Warlord-Kultur hochkomplexen Probleme: Von Uganda aus greift die LRA kongolesische Dörfer an. In Ituri droht die Ausweitung des Konflikts zwischen Hema und Lendu. In Nord-Kivu bekämpft der von Nkunda geführte CNDP die regulären Streitkräfte des Landes. Diese wiederum, schlecht bezahlt und selbst aus Ex-Rebellen bestehend, ziehen mordend, plündernd und vergewaltigend durchs Land. Mehr als gespannt ist das Verhältnis der DR Kongo zum Nachbarn Ruanda. Bei all dem zeigen sich die von den UN geschickten MONUC-Truppen recht schwach, ihr Mandat wird selbst von den Kongolesen hinterfragt. So dürftig die Resultate aller bisherigen Versuche zur Konfliktlösung, in Goma etwa oder in Nairobi, auch sein mögen – an Verhandlungen führt kein Weg vorbei.

Frieden. In der Nachfolge fand weder ein lokaler Aussöhnungsprozess zwischen den einzelnen ethnischen Gruppen (Hema, Lendu, Nande) statt, noch wurden Konfliktursachen wie der Zugang zu Land und natürlichen Rohstoffen (Gold und auch Öl im Albertsee) geregelt. Zwar konnten einige der in Ituri ihr Unwesen treibenden Milizen demobilisiert werden (hier vor allem der Mouvement Révolutionnaire Congolais – MRC), doch widersetzten sich andere wie Cobra Matatas FRPI² oder der in sich stark fragmentierte FNI³ von Peter Karim dem Demobilisierungsprozess. Es handelt sich hierbei um lokale Warlord-Gruppierungen, die relativ leicht von anderen Akteuren instrumentalisiert werden können, was die Bildung neuer Allianzen erleichtert. Dabei spielen ideologische Differenzen kaum noch eine Rolle. Es überwiegt der Opportunismus im Sinne des Mantras „Der Feind meines Feindes ist mein Allianzpartner“. Es war daher bereits 2007 bei den Zusammenstößen von FRPI und FARDC davon auszugehen, dass die Truppen Cobra Matatas von CNDP-Seite sowohl logistische als auch taktische Unterstützung erhielten. Der CNDP hatte bereits in der Vergangenheit mehrfach versucht, eine zweite Front in Ituri zu etablieren und dort Alliierte zu gewinnen.⁴

JOESPH KONYS REBELLEN AUF KONGOLESISCHEM TERRITORIUM

Im Norden der Provinz Orientale kam es bereits Mitte September zu Übergriffen der ugandischen Lord Resistance Army (LRA) auf die um den Ort Dungu gelegenen Dörfer. Menschenrechts- und humanitäre Hilfsorganisationen berichten von Mord, Vergewaltigung, Zerstörung von Einrichtungen sowie dem Verschleppen von Kindern. Die insbesondere für letzteres in Uganda bekannte LRA soll bei den Übergriffen im September ca. 145 Kinder entführt haben. Mehr als 5000 Kongolesen flüchteten vor den Rebellen in den Südsudan. Weshalb es plötzlich zu diesen Attacken auf kongolesischem Territorium kommt, ist bislang ungeklärt. Offensichtlich ist, dass LRA-Angriffe just zu einem Zeitpunkt erfolgten, zu dem General Nkundas Rebellen sich militärische Auseinandersetzungen in Nord-Kivu mit den FARDC lieferten. Ein zweiter,

2 | Force de Résistance Patriotique en Ituri

3 | Fronts des Nationalistes et Intégrationnistes

4 | International Crisis Group: Quatre priorités pour une paix durable en Ituri, *Rapport Afrique* No 140, 13 Mai 2008.

paralleler Krisenherd in der Provinz Orientale nötigte sowohl den Generalstab in Kinshasa als auch MONUC zu Truppenverstärkungen im Nordosten des Landes, um dort eine eigenständige Operation gegen die LRA zu starten – Truppen, die man dringend auch in Nord-Kivu gegen General Nkunda gebraucht hätte.

Ugandische Quellen wie der katholische Erzbischof von Gulu (Nord-Uganda) gehen davon aus, dass die Friedensverhandlungen mit der LRA massiv durch den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes gegen LRA-Führer Joseph Kony belastet werden. Die LRA sieht sich mehr und mehr in die Ecke gedrängt und transformiert dies in eine neue Welle von Aggressionen.

GENERAL LAURENT NKUNDA RUFT ZUM STURZ DER KONGOLESISCHEN REGIERUNG AUF

In einer ähnlichen psychologischen Situation befindet sich der kongolesische Rebellenführer General Nkunda. Über diesem schwebt trotz der im Friedensabkommen von Goma enthaltenen Amnestierung, die allerdings Kriegsverbrechen und solche gegen die Menschenwürde ausschließt, das Schwert des Damokles in Gestalt des Chefanklägers in Den Haag, Luis Moreno-Okampo. Bereits seine persönliche Abwesenheit bei den Friedensgesprächen in Goma verdeutlichte, dass auf Seiten des CNDP kein wirklicher Wille zu Verhandlungen besteht. General Nkunda, seine Anhänger und Unterstützer befinden sich in einer Einbahnstraße mit dem einzigen Ziel, ihre Herrschaftsgewalt in Nord-Kivu auszudehnen. Die parallelen Strukturen Nkundas gehen sogar soweit, dass in den von ihm kontrollierten Territorien die Flagge des CNDP gehisst wird sowie eigene Administratoren eingesetzt und dort Steuern erhoben werden.

General Nkunda, seine Anhänger und Unterstützer befinden sich in einer Einbahnstraße mit dem einzigen Ziel, ihre Herrschaftsgewalt in Nord-Kivu auszudehnen.

General Nkunda sieht sich vor allem in der Rolle eines Beschützers der Rechtlosen und als Verteidiger kongolesischer Interessen gegen eine korrupte Zentralregierung. Bereits 2003 hatte sich der damalige General des bewaffneten Flügels der RCD-Goma (Armée Nationale Congolaise, ANC) gegen eine Reintegration seiner Truppenteile in die neugeschaffenen FARDC gewandt und sich in die damals von der RCD-Goma⁵ kontrollierte Provinz Nord-Kivu zurückgezogen. 2004 erhielt er plötzlich internationale Prominenz mit seiner Beset-

zung Bukavus, der Provinzhauptstadt Süd-Kivus, wo er angeblich einen Genozid an der dortigen Tutsi-Minderheit der Banyamulenge verhindern wollte. Die damalige Krise wurde auf dem Verhandlungswege gelöst und die CNDP-Rebellen zogen sich nach Nord-Kivu zurück.

Die ersten Mehrparteienwahlen in der DR Kongo konnten 2006 bis zum zweiten Wahlgang ohne größere Rebellenübergriffe im Osten des Landes durchgeführt werden. Als sich jedoch ein Wahlsieg Präsident Kabilas in der Stichwahl gegen Jean Pierre Bemba abzeichnete, griff Nkunda den Ort Sake im Distrikt Rutshuru an und forderte den nun in Wahlen legitimized Präsidenten ein weiteres Mal militärisch heraus. Nach wochenlangen Kämpfen versuchte Kabila, eine Verhandlungslösung unter Vermittlung des Regimes von Paul Kagame in Ruanda zu erreichen. Zur Überraschung aller Beobachter ließ sich die Regierung auf den Kompromiss einer Integration der CNDP-Einheiten in die nationale kongolesische Armee ein (*mixage*) und wich von ihrem vorherigen Konzept der *brasage* (Demobilisierung der Milizen bzw. Eingliederung der neurekrutierten Soldaten in gemischten Einheiten) ab. Komplette CNDP-Einheiten standen nun weiterhin unter der Kontrolle General Nkundas, waren jedoch de jure Teil der kongolesischen Armee. Insbesondere für MONUC wurde dies zu einem legalen Problem, da das Mandat eine Unterstützung der FARDC im Kampf gegen Rebellen vorsieht, und nicht gegen Einheiten der FARDC, die schon bald begannen, auf eigene Faust Operationen gegen die FDLR durchzuführen und die Kontrolle des CNDP in Nord-Kivu auszudehnen.

Der Versuch, eine Lösung des „Sicherheitsproblems CNDP“ mit militärischen Mitteln zu erreichen, scheiterte Ende 2007 kläglich. Bereits damals zeigte sich, dass die kongolesischen Streitkräfte nicht in der Lage sind, die CNDP-Rebellen zu besiegen.

Der Versuch, eine Lösung des „Sicherheitsproblems CNDP“ mit militärischen Mitteln zu erreichen, scheiterte Ende 2007 kläglich. Bereits damals zeigte sich, dass die kongolesischen Streitkräfte trotz MONUC-Unterstützung nicht in der Lage sind, die CNDP-Rebellen zu besiegen. Im Gegenteil, letzteren gelang es im No-

5 | Während des zweiten kongolesischen Krieges ab 1998 fanden die rivalisierenden Fraktionen des Rassemblement Congolais pour la Democratie (RCD) externe Verbündete. RCD-Führer Ernest Wamba dia Wamba in Kisangani genoss den Schutz Ugandas. Die weit aus jüngeren RCD-Kader in Goma genossen ruandische Unterstützung. In Kämpfen zwischen den einzelnen RCD-Flügeln und ihren externen Verbündeten im August 1999 in Kisangani setzte sich die RCD-Goma-Fraktion durch und vertrat von da an in den jeweiligen Verhandlungen die RCD-Bewegung.

vember 2007, sich bis auf 20 Kilometer vor Goma vorzukämpfen. Erst im Kontext dieser Bedrohung entschloss sich die kongolesische Regierung unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft und insbesondere unter der Ägide des Parlamentspräsidenten Vital Kamerhe, eine nationale Friedenskonferenz in Goma ins Leben zu rufen.

DAS NAIROBI-MEMORANDUM DER KONGOLESISCHEN UND RUANDISCHEN REGIERUNG (NOVEMBER 2007)

Die ruandische Regierung, die immer wieder Verbindungen zum CNDP nachgesagt werden, ist ein zentraler Faktor für eine Lösung der Krise. Vom 12. bis zum 15. November 2007 hatten sich bereits der kongolesische und ruandische Außenminister zur Unterzeichnung des Abkommens von Nairobi getroffen. Dieses Memorandum verpflichtete beide Staaten dazu, die Ex-FAR/Interahamwe zu demobilisieren und auf freiwilliger Basis zu repatriieren sowie jegliche militärische und logistische Unterstützung kongolesischer Milizen (und hier explizit des Generals Nkunda) zukünftig zu unterlassen. Das Abkommen als solches nahm keinen Bezug auf die FDLR, die von der ruandischen Regierung mit den Genozidären der Interahamwe gleichgesetzt werden, sich selbst jedoch als legitime politische Opposition zur Regierung Paul Kagames verstehen.

Als Fortschritt des Nairobi-Abkommens war zu bewerten, dass hier erstmals explizit die Unterstützung Nkundas erwähnt wurde, die in der Vergangenheit von ruandischer Seite stets geleugnet worden war. So hatte der ruandische Außenminister noch bei seinem Besuch in der DR Kongo im Juli 2007 betont, dass die Aktivitäten General Nkundas (die Rekrutierung von Milizen in ruandischen Flüchtlingscamps) ohne Wissen der ruandischen Regierung geschähen. Und selbst heute noch bedienen sich Vertreter Kagames einer zynischen Rhetorik: So kommentierte der ruandische Beauftragte für die Region der Großen Seen, Joseph Mutaboba, „supposer est une chose, avoir une intuition en est une autre, mais apporter une preuve reste la clé“.

Die Rolle Ruandas in der Destabilisierung des Ost-Kongos und damit auch die potenzielle Rolle des Nachbarstaates in der Lösung des Konfliktes wurde bisher nicht hinreichend objektiv untersucht und dokumentiert. Lange Zeit ignorierte die in-

Lange Zeit ignorierte die internationale Gemeinschaft die Unterstützung Ruandas für die RCD-Goma ab 1998. Dies rief auf kongolesischer Seite den Eindruck hervor, dass eben diese Gemeinschaft eine Lösung des Konfliktes nicht unvoreingenommen angehe.

ternationale Gemeinschaft die Unterstützung Ruandas für die RCD-Goma ab 1998. Dies rief insbesondere auf kongolesischer Seite stets den Eindruck hervor, dass eben diese Gemeinschaft eine Lösung des Konfliktes nicht unvoreingenommen angehe. Vor diesem Hintergrund erscheint es daher auch nicht überraschend, dass weder die FDLR noch die ruandische Regierung an der Friedenskonferenz in Goma beteiligt wurden.

GOMA: CONFÉRENCE SUR LA PAIX, LA SÉCURITÉ ET LE DÉVELOPPEMENT DANS LES PROVINCES DE NORD ET SUD-KIVU

Vom 6. bis zum 23. Januar 2008 verhandelten die kongolesische Regierung und die diversen Rebellengruppierungen Nord- und Süd-Kivus unter der Ägide der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten, der Konferenz der Großen Seen sowie der Afrikanischen Union über eine Wiederherstellung des Friedens in den beiden Provinzen. Die größte Errungenschaft des *Acte d'Engagement* stellte dabei die Verpflichtung zum sofortigen Waffenstillstand dar. Alle weiteren Details, die letztlich erst einen dauerhaften Frieden ermöglicht hätten, wurden einer *Commission Technique* unter der Ko-Präsidentschaft der Regierung und mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft übertragen. Es handelte sich hierbei sowohl um den zeitlichen Ablauf und die Modalitäten einer Demobilisierung der Milizen, deren Reintegration in die FARDC sowie deren gesellschaftliche Wiedereingliederung. Die Konferenz als solche wurde als historisches Ereignis ähnlich dem Abkommen von Sun City gehandelt, da es erstmals gelang, mehrere Rebellengruppierungen und die Regierung zu Verhandlungen an einen Tisch zu bringen. Eine Schwäche des Abkommens von Goma war jedoch von Beginn an, dass das Abkommen auf Seiten der Milizen nicht von den Hauptakteuren, sondern deren Delegierten ausgehandelt worden war. Die Abwesenheit General Nkundas stellte bereits einen Indikator dafür dar, wieviel Stellenwert der CNDP diesem Engagement beimessen würde. Wie bereits die Friedensverhandlungen im Falle Burundis zeigten, besitzen Abschlüsse, bei denen nicht alle Akteure beteiligt sind, kein tragfähiges Fundament – so gut sie auch gemeint sein mögen. In diesem Sinne war auch die Nicht-Teilnahme der FDLR in Goma kritisch zu beurteilen, da deren Präsenz auf kongolesischem Territorium General Nkunda als Hauptargu-

ment dient, das Gewaltmonopol des kongolesischen Staates in Frage zu stellen.

FORCES DÉMOCRATIQUES POUR LA LIBÉRATION DE RWANDA – FDLR

Bereits im Nachgang zum Abkommen von Nairobi war von FDLR-Seite zu vernehmen, dass die Bewegung sich nicht dem Abkommen unterwerfen werde, da dieses ohne vorherige Konsultation mit den FDLR zustande gekommen sei. Dies bedeutete in Konsequenz, dass eine Demobilisierung allenfalls mit Gewalt hätte erzwungen werden können. Dazu besitzt jedoch die kongolesische Armee weder die notwendige Kapazität noch, so wird es in verschiedenen Analysen von Menschenrechtsorganisationen deutlich, den politischen Willen. Nach Aussagen von Global Witness besitzen die in Süd-Kivu etablierten FDLR keinen Anreiz zur Demobilisierung, da sie durch die Kontrolle der Gold- und Kasseritminen in den Territorien Walungu, Uvira, Fizi, Shabunda und Mwenga eine ökonomische Basis zum Überleben und zur Finanzierung ihrer Herrschaftsgewalt vor Ort gefunden haben.

Nach Aussagen von Global Witness besitzen die in Süd-Kivu etablierten FDLR keinen Anreiz zur Demobilisierung, da sie durch die Kontrolle der Gold- und Kasseritminen eine ökonomische Basis zum Überleben und zur Finanzierung ihrer Herrschaftsgewalt vor Ort gefunden haben.

Zum anderen scheint eine Komplizenschaft zwischen FDLR und FARDC-Brigaden zu bestehen. Letztere kontrollieren ebenfalls einen Teil der in den Kivus befindlichen Minen und die Verantwortlichen ziehen ihren persönlichen Profit aus dem Abbau der natürlichen Ressourcen des Kongo. Die ansässige Bevölkerung wird von beiden Seiten mit Waffengewalt zur Kooperation gezwungen. Wie Global Witness berichtet, wird die größte Kasseritmine in Bisie/Nord-Kivu von der 85. FARDC-Brigade kontrolliert. Seit zwei Jahren betreibt die Brigade trotz zahlreicher Denunziationen seitens der kongolesischen Medien und der Zivilgesellschaft einen lukrativen Handel. Auch dem Befehl, sich dem so genannten *brassage*-Prozess (Training und Reintegration in eine neustrukturierte Armee) zu unterziehen, leistete diese Brigade bisher erfolgreich Widerstand.⁶

Die FDLR in ihrer heutigen Zusammensetzung haben ihre Wurzeln in drei Gruppierungen:

6 | Global Witness: Le contrôle des mines exercé par les parties belligérantes menace les efforts de paix dans l'est du Congo, press release, 10.09.2008, www.globalwitness.org.

- Ex-Soldaten der Forces Armées Rwandaises/FAR und Interahamwe-Hutu-Miliz, die für den Genozid 1994 in Ruanda verantwortlich zeichnen und damals über die Grenze flüchteten;
- Ex-FAR-Soldaten, die zwar nicht unmittelbar am Genozid beteiligt waren, doch sich vor den Truppen Paul Kagames in das damalige Zaire zurückzogen;
- Neurekrutierungen aus kongolesischen und tansanischen Flüchtlingslagern.

Als Laurent Kabila sich 1998 gegen seine ursprünglichen Alliierten wandte, rekrutierte er zahlreiche Ex-FAR und Interahamwe-Hutu-Milizen in die kongolesischen Streitkräfte. Er bediente sich darüber hinaus der Milizen im Kampf gegen ugandische und vor allem ruandische Truppen auf kongolesischem Territorium. Erst Joseph Kabila erklärte die FDLR 2002, nach dem Tod des Vaters und unter internationalem Druck, für illegal. Mehrere Führer wurden verhaftet und man bemühte sich um eine gewaltsame Demobilisierung der Truppen in Kamina. Diese wie nachfolgende Demobilisierungs- und Repatriierungsversuche verliefen allerdings mit wenig Erfolg.

Die letzte größere Operation der FDLR gegen Ruanda fand 2004 statt, indem die Rebellen versuchten, gegen Infrastruktur und Zivilisten gerichtete Destabilisierungsaktionen auf ruandischem Territorium durchzuführen. Die Kampfkraft der FDLR nahm über die Jahre sukzessive ab, doch reicht sie nach wie vor aus, um die lokale Bevölkerung zu terrorisieren und auch den Zusammenhalt der Bewegung mit Gewalt zu sichern. Bei den FDLR handelt es sich um eine disziplinierte, ideologisch indoktrinierte und gleichermaßen ethnisch motivierte Rebellenbewegung.⁷ Allgemein lässt sich festhalten, dass die Reaktionen von Seiten der kongolesischen Regierung gegen die FDLR-Rebellen in den letzten Jahren an Stärke zu wünschen übrig ließen – eine Haltung, für die heute sicherlich der größte Teil der Bevölkerung in Nord-Kivu einen hohen Preis zahlen muss.

7 | Monika Thakur: „Demilitarising militias in the Kivus (eastern Democratic Republic of Congo)“, in: *African Security Review*, vol. 17 no. 1, 2008, S. 52-67.

WARLORD-STRUKTUREN UND DAS SCHEITERN DES AMANI-PROZESSES

Schon kurze Zeit nach der Friedenskonferenz in Goma wurde deutlich, dass dieses Abkommen nicht die Tinte wert war, mit der es verfasst worden war. Bereits innerhalb der ersten 180 Tage registrierte MONUC mehr als 200 Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen. Neurekrutierungen (insbesondere unter bereits demobilisierten Kämpfern) und Zwangsrekrutierungen wurden nach dem Waffenstillstandsabkommen fortgesetzt und teilweise sogar intensiviert. Vor allem die Reaktivierung demobilisierter Soldaten weist auf die Schwächen der Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramme hin, die den entwaffneten Kämpfern keine nachhaltigen Alternativen zur Sicherung des Unterhaltes bieten.

Kurze Zeit nach der Friedenskonferenz in Goma wurde deutlich, dass dieses Abkommen nicht die Tinte wert war, mit der es verfasst worden war. Bereits innerhalb der ersten 180 Tage registrierte MONUC mehr als 200 Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen.

Insbesondere der ökonomische Faktor in der Motivation der diversen Milizen darf bei der Suche nach einer nachhaltigen Konfliktlösung nicht übersehen werden. Für die Milizenführung ist es vor allem der Zugang zu den natürlichen Rohstoffen und der lukrative Handel mit diesen, der sie dazu anhält, die Kontrolle über diese Regionen zu behalten. Daher stand für die jeweiligen Milizenführer in den Verhandlungen mit der kongolesischen Regierung neben der eigenen Position innerhalb der FARDC stets auch die Stationierung mit den eigenen, in die FARDC integrierten Truppenteilen im vormals von der Miliz kontrollierten Territorium im Vordergrund. Besonders der Transitionsprozess der DR Kongo, der durch weitgehende Straffreiheit für Rebellengruppierungen und deren Kooption in die Politik geprägt ist, schaffte hierfür die Rahmenbedingungen, die es selbst heute noch den Milizenführern erlauben, weitreichende Forderungen inklusive Amnestierung zu stellen.

Ein weiterer Faktor in der Motivation der Milizen ist ihre vermeintliche Schutzfunktion für die jeweiligen Gemeinschaften, die überwiegend ethnisch definiert werden. So ist auf Seiten der *Mayi Mayi* eine starke Anti-Tutsi- bzw. Anti-Ruanda-Ideologie erkennbar, währenddessen General Nkunda sich als Garant der Sicherheit für die Tutsi-Minderheiten in Nord- und Süd-Kivu definiert. Nkunda instrumentalisiert sowohl ideologisch als auch in der militärischen Umsetzung ethnische *cleavages* und heizt damit – einer *self-fulfilling prophecy* gleich –

die Spannungen zwischen kongolesischen Tutsi (Banyarwanda und Banyamulenge) und dem Rest der kongolesischen Bevölkerung weiter an. Durch die Rechtfertigung, Gewaltaktionen zum Schutz der Tutsi-Minderheit durchzuführen, werden diese gleichzeitig zu Akteuren stigmatisiert.

Bereits in der Vergangenheit wurden die Milizen Nkundas stets mit dem Regime in Kigali in Verbindung gebracht. Den vordergründig politischen Motiven der ruandischen Regierung, die versucht, ein innenpolitisches Problem extraterritorial mit militärischer Gewalt zu lösen (Entwaffnung der Hutu-Milizen), werden stets auch ökonomische Interessen nachgesagt. Den jüngsten Kämpfen im Osten ging daher auch ein diplomatischer Schlagabtausch zwischen Ruanda und der kongolesischen Regierung voraus.

DIE BEZIEHUNGEN RUANDA – DR KONGO

Noch in dem im November 2007 geschlossenen Abkommen von Nairobi verpflichteten sich der kongolesische und der ruandische Außenminister dazu, die Ex-FAR/Interahamwe zu demobilisieren, zu repatriieren sowie jegliche Unterstützung kongolesischer Milizen zu unterlassen. Das Abkommen von Nairobi stellte insofern einen Fortschritt in den Beziehungen zwischen Ruanda und der DR Kongo dar, als hier erstmals explizit die Unterstützung General Nkundas erwähnt wurde. Diese war in der Vergangenheit von ruandischer Seite stets geleugnet worden.

Das Abkommen von Nairobi stellte einen Fortschritt in den Beziehungen zwischen Ruanda und der DR Kongo dar, als hier erstmals explizit die Unterstützung General Nkundas erwähnt wurde.

Doch der Geist von Nairobi wie auch der Gomas hielten nicht lange vor. Mit verstärkten militärischen Aktivitäten Nkundas ab dem 28. August erreichten auch die ruandisch-kongolesischen Beziehungen den Gefrierpunkt.

In einem Interview mit der belgischen Zeitung *Le Soir* am 9. September erhob der ruandische Präsident Paul Kagame schwere Vorwürfe gegen den kongolesischen Staatspräsidenten Joseph Kabila. Gemäß Kagame nimmt die kongolesische Regierung sich nicht des grundlegenden Kerns des Problems der Milizen im Osten an, sondern spielt mit der aktuellen instabilen Situation und ihrer ethnischen Dimension. Für Ruanda beschränkt sich das Problem nicht nur auf General Nkunda, sondern besteht in den Konflikten zwischen Tutsi und Hutu, Banyarwanda und Banande sowie anderen ethnischen Gruppen. Kabila wird direkt vorgeworfen, alle unliebsamen

politischen Gegner auszuschalten und dabei auch die internationale Gemeinschaft zu instrumentalisieren, indem er die Kongolesen stets als Opfer der Aggression der von den Nachbarstaaten unterstützten Milizen präsentiert. In seinem Interview distanzierte sich Kagame des Weiteren von persönlichen diplomatischen Initiativen zur Lösung des Konfliktes im Bereich der Großen Seen: „J’ai perdu l’appétit d’apporter ma contribution à ce processus.“⁸ Diese für einen afrikanischen Staatsführer sehr deutliche Kritik an seinem Amtskollegen demonstrierte den gefährlichen Stand der Beziehungen zwischen Ruanda und der DR Kongo.

Die Reaktion der kongolesischen Regierung war eindeutig. Präsident Kabila rief in seiner Fernsehansprache am 9. Oktober die Bevölkerung nicht nur zu Patriotismus und zum Widerstand gegen die feindlichen Übergriffe auf („Mes chers compatriotes, l’heure est grave“), sondern sprach erstmals von einem neuen Krieg auf kongolesischem Boden mit externen Akteuren. Weitaus konkreter gingen die Vorwürfe, die der kongolesische UN-Botschafter in einem Schreiben an den Präsidenten des UN-Sicherheitsrates vorbrachte. In diesem Dokument werden die militärischen Übergriffe auf Rumungabo den ruandischen Streitkräften zugeschrieben und deren Präsenz auf kongolesischem Territorium und die damit einhergehende Verletzung der staatlichen Souveränität und Integrität des Kongo verurteilt.

Erst Nkundas Truppen vor den Toren Gomas brachen die verhärteten Fronten zwischen beiden Staaten auf und setzten eine *shuttle-diplomacy* zwischen Kigali und Kinshasa in Gang. Die Teilnahme Paul Kagames am Gipfeltreffen

Erst Nkundas Truppen vor den Toren Gomas brachen die verhärteten Fronten zwischen beiden Staaten auf und setzten eine *shuttle-diplomacy* zwischen Kigali und Kinshasa in Gang.

in Nairobi ist in diesem Kontext als durchaus positiv zu bewerten und sicherlich spielte internationaler Druck sowohl von europäischer und amerikanischer Seite, aber auch aus der Region hierbei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Auch die Positionierung der SADC-Mitgliedstaaten bei ihrem Treffen in Johannesburg am 4. November und ihre Unterstützung der kongolesischen Regierung unterstrich die Gefahr einer regionalen Isolierung der Regierung Kagames, sollte sich dieser den Versuchen einer Konfliktlösung entgegenstellen.

8 | „Ça se dégrade dangereusement entre Kinshasa et Kigali“, in: www.lesoftonline.net.

Äußerst erfolgreich für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen war vor allem der Besuch des kongolesischen Außenministers am 14. und 15. November in Kigali. Dort wurde zum einen über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen und die Wiedereröffnung der ruandischen Botschaft in Kinshasa beraten, zum anderen von kongolesischer Seite definitiv zugesichert, das Ex-FAR/Interahamwe-Problem zu regeln und hierzu eine gemeinsame militärische Strategie mit Ruanda auszuarbeiten. Darüber hinaus beschloss man eine gemeinsame Verifikationsmission inklusive ruandischer Militärbeobachter auf kongolesischem Territorium.

Sollte eine Demobilisierung und Repatriierung der FDLR-Einheiten gelingen, wäre zumindest ein Argument für die Existenz Nkundas beseitigt und dessen externe Unterstützung aus nationalen sicherheitspolitischen Gründen für Ruanda nicht mehr zu rechtfertigen. Eine erfolgreiche und gewaltfreie Demobilisierung und Repatriierung wird sicherlich auch davon abhängig sein, welchen Raum die Regierung in Kigali willens ist, einer politischen Opposition und Repräsentanz der Hutus einzuräumen.

Aufgrund des bisher nicht erfolgten nationalen Aussöhnungsprozesses in Ruanda wird eine freiwillige Repatriierung sicherlich nur begrenzten Erfolg haben. Wie in der Vergangenheit wird eine gewaltsame Demobilisierung notwendig werden. Deren Erfolg wird von den Kapazitäten der FARDC, denen MONUCs und einer eventuellen Militärpräsenz Ruandas abhängen.

DIE PERZEPTION DER UN-MISSION MONUC IN DER KONGOLESISCHEN BEVÖLKERUNG

Die Kapazitäten MONUCs und das Verhalten im Konfliktfall ist immer wieder Gegenstand von Kritik aus allen Richtungen und geht einher mit Forderungen nach einer wirklichen Umsetzung des Mandates⁹ insbesondere zum Schutz der Zivilbevölkerung. Dabei übersieht man gerne, dass mit 16475 Soldaten aus 18 Staaten MONUC zwar momentan die weltweit

9 | Die 1999 mit UN-Resolution 1291 ins Leben gerufene UN-Mission besitzt ein Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta. Dies bedeutet, dass alle zur Verfügung stehenden Mittel inklusive Waffengewalt eingesetzt werden dürfen, um gegen Gewaltakteure sowohl nationaler als auch internationaler Natur vorzugehen und die Zivilbevölkerung zu schützen.

größte UN-Mission ist, diese aber im Vergleich zu anderen Missionen in geographisch und demographisch kleineren Staaten (Sierra Leone: 17368 Soldaten im Jahre 2005; Liberia: 14875 in 2008) weitaus größere Herausforderungen zu leisten hat. Dies fängt bei der Zahl der Regionen mit latenten oder virulenten Konflikten (Ituri-Distrikt, Nord- und Südkivu, Nord-Katanga, Bas-Congo) an und hört bei der Transport- und Versorgungslogistik in einem Land ohne hinreichendes Straßennetz auf.

Vor dem Hintergrund der wiederaufflammenden Kämpfe zwischen CNDP und FARDC im August hatte der Sondergesandte des UN-Generalsekretärs in der DR Kongo, Alain Doss, bereits am 3. Oktober in seinem Bericht an den Sicherheitsrat vor einem neuen Krieg im Kongo gewarnt und die Mitglieder des Sicherheitsrates dazu aufgefordert, nicht nur neue Truppen, sondern auch das notwendige Material zur Verfügung zu stellen, um auf die aktuellen und antizipierten Herausforderungen reagieren zu können. Eine solche Truppenverstärkung von 3000 Mann wurde jedoch erst im Angesicht der humanitären Katastrophe und 350 000 intern Vertriebenen, die teilweise aufgrund der anhaltenden *Low-intensity*-Kämpfe nicht ausreichend versorgt werden können, von den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates am 20. November genehmigt.

Der Sondergesandte des UN-Generalsekretärs in der DR Kongo, Alain Doss, hatte bereits am 3. Oktober vor einem neuen Krieg im Kongo gewarnt und die Mitglieder des Sicherheitsrates dazu aufgefordert, nicht nur neue Truppen, sondern auch das notwendige Material zur Verfügung zu stellen.

Wie viele UN-Missionen sieht sich MONUC einer komplexen und undankbaren Aufgabe gegenüber. Hinzu kommt, dass aufgrund des Mandates, das logistische Unterstützung für die FARDC vorsieht, die UN-Mission von zahlreichen Akteuren nicht als neutrale Kraft perzipiert wird. Völlig unverständlich für den externen Beobachter ist jedoch die Reaktion von Teilen der kongolesischen Bevölkerung, die sich angesichts eines ausweitenden staatlichen Sicherheitsvakuum nicht gegen den versagenden Staat oder den Aggressor, sondern gegen die externe Hilfe wenden. Der Jugendverband Collectif des Organisations des Jeunes Solidaires du Congo-Kinshasa (COJESKI-RDC) forderte im September in einem Memorandum an den UN-Generalsekretär ein Ende der UN-Mission, da diese keine Erfolge zeige. Universitätsstudenten in Kisangani demonstrierten im Oktober gegen MONUC angesichts der Sicherheitslage in Nord-Kivu, bewarfen das MONUC-Hauptquartier mit Steinen, zerstörten UN-Kraftfahrzeuge und beschädigten den Sicherheitsperimeter. Diese Manifestation wie

auch zahlreiche andere gegen die Vereinten Nationen zeigen deutlich die weitreichende und politisch leicht zu manipulierende Unkenntnis in der Bevölkerung nicht nur über das Mandat und die Leistungsfähigkeit der UN, sondern auch über die Ursachen und die Akteure des Konfliktes. Die Frage nach der Leistung des eigenen Staates, der eigenen Regierung wird in der Regel nicht gestellt.

DIE POSITION DER KONGOLESISCHEN REGIERUNG

Seit Beginn der Krise weigert sich die kongolesische Regierung, direkte Gespräche mit General Nkunda, so wie von diesem gefordert, zu führen. Stattdessen versucht man, trotz der nicht vorhandenen Kapazitäten der FARDC eine militärische Lösung zu finden. So war es auch die erste Reaktion Präsident Kabilas, als CNDP-Truppen vor den Toren Gomas standen, bei Frankreichs Präsident Sarkozy um eine U-Spezialtruppe, ähnlich der Operation Artemis, zu bitten. Auch der enge Verbündete Angola wurde, wie bereits 1998, um militärische Unterstützung ersucht. Bisher hielt sich Präsident Dos Santos, der gerade dabei ist, nach den erfolgreichen Parlamentswahlen und trotz Angola-Gate sein demokratisches Image aufzupolieren, diesbezüglich zurück und die Regierung in Luanda erwog lediglich eine Truppenentsendung im Rahmen einer SADC- oder AU-Mission, jedoch nicht im bilateralen Rahmen. Dies könnte sich allerdings nach dem Besuch Präsident Kabilas am Freitag, dem 21. November, in Luanda noch ändern. Interessant wäre dann die Frage, mit welchen Mitteln ein solcher Truppeneinsatz finanziert würde.

FARDC UND SICHERHEITSEKTORREFORM

Ein staatliches Gewaltmonopol existiert in der DR Kongo nicht nur nicht aufgrund der Präsenz der diversen Milizen, sondern auch aufgrund der Schwächen der eigenen Streitkräfte. Die kongolesische Regierung sieht sich militärischen Herausforderungen gegenüber, ohne eine nationale Armee zu besitzen, auf deren Engagement man sich verlassen könnte. Im Gegenteil, FARDC-Soldaten flüchten vor dem Feind, plündern, morden und vergewaltigen unter der eigenen Zivilbevölkerung. Bereits vor den jüngsten Ereignissen hatten lokale und internationale Menschenrechtsorganisationen FARDC-Soldaten als Hauptverantwortliche der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen im Ostkongo identifiziert.

FARDC-Soldaten flüchten vor dem Feind, plündern, morden und vergewaltigen unter der eigenen Zivilbevölkerung.

ziert. Bis dato blieben die Akteure straffrei und hatten keinerlei Sanktionen zu befürchten.

Schätzungsweise 164000 Soldaten befinden sich auf der Gehaltsliste der FARDC und es ist davon auszugehen, dass hiervon ca. 30000 Karteileichen sind, von deren Sold die Befehlsebene profitiert. Die Streitkräfte sind bereits aufgrund ihrer Historie ein heterogenes Gemisch – zusammengesetzt aus Rebellentruppen der Sun-City-Vertragspartner (AFDL-Soldaten, RCD- und MLC-Milizen) und ehemaligen Soldaten der zairischen Armee. Weitere 80 bis 90000 sind momentan noch im so genannten *brassage*-Prozess. Versuche ausländischer Geber, insbesondere zur Transparenz in der Finanzadministration beizutragen, haben bisher noch nicht die gewünschten Früchte getragen. Sold und Verpflegungsrationen kommen oft nicht bei den Empfängern an und zwingen einfache Soldaten, sich durch Plünderungen und Extraktionen in der Zivilbevölkerung ihr Überleben zu sichern. Korruption und Betrug innerhalb der Armee erklären jedoch nicht das menschenverachtende Verhalten der Soldaten, die die Opfer ihrer Plünderungen oft vergewaltigen und massakrieren.

Angesichts der aktuellen Krise und der Verbrechen der eigenen Armee gegen die kongolesische Bevölkerung unter den Augen der internationalen Medien wachte auch die neue Regierung auf und gab der Reform des Sicherheitssektors einen prioritärten Platz auf ihre Agenda. Der am 1. November im Amt vereidigte neue Premierminister Muzito geht dabei sogar soweit, die Remobilisierung und Reintegration der unter Mobutu dienenden und gut ausgebildeten ehemaligen Offiziere der Forces Armées Zairoises zu fordern.

Entscheidend für eine erfolgreiche Reform der Streitkräfte wird jedoch eine hinreichende Kontrolle der Ressourcenverwendung und damit einhergehend eine Trennung von Streitkräfteverwaltung und Kommandostruktur sein. Darüber hinaus ist es essenziell, der Kultur der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und eine Militärjustiz zu schaffen, die, obgleich Teil des Systems, doch so viel Unabhängigkeit besitzt, um bestehendes Recht auch anwenden zu können.

REGIONALE UND DIPLOMATISCHE INITIATIVEN DER KONFLIKTLÖSUNG

Auf europäischer Ebene war man sich lange nicht einig, inwieweit und in welcher Form man Forderungen nach einer Truppenverstärkung nachkommen sollte.

Erst die drohende Besetzung der Provinzhauptstadt Goma durch CNDP-Truppen mobilisierte die internationale Gemeinschaft und setzte eine Serie von Gesprächen zur Konfliktlösung in Gang. Auf europäischer Ebene war man sich lange nicht einig, inwieweit und in welcher Form man Forderungen nach einer Truppenverstärkung nachkommen sollte. Frankreich, unterstützt durch Spanien und Belgien, stellte die Forderung nach einer schnellen europäischen Eingreiftruppe analog der Artemis-Operation in Ituri. Doch fand dies keine Unterstützung innerhalb der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die jüngste Entscheidung am 20. November fiel zugunsten eines humanitären Hilfspaketes in Höhe von 45,6 Millionen Euro. Mit dieser Positionierung wird sich Europa zukünftig der bereits von Jean-Marie Guéhenno¹⁰ aufgeworfenen Frage stellen müssen, welcher Natur die viel proklamierte Partnerschaft mit Afrika wirklich ist. Selbst mit der UN-Sicherheitsratsentscheidung, MONUC um 3100 Soldaten aufzustocken, ist keine schnelle Lösung und Sicherung der humanitären Versorgung der Zivilbevölkerung erreicht. Benötigt wird die schnelle Verlagerung von Elitetruppen, die in der Lage sind, MONUC in der Umsetzung des Mandates heute und nicht erst in zwei Monaten zu unterstützen.

SADC und AU haben zwar ihre Solidarität mit der kongolesischen Regierung bekräftigt und eine erste Evaluierungsmission entsandt, doch sind die militärischen Kapazitäten mit Ausnahme Angolas limitiert. Südafrikas Armee kann bereits heute kaum die internationalen Peacekeeping-Verpflichtungen erfüllen, und die Wirksamkeit der AU-Mission AMIS wurde bereits im Krisenfall Darfur sichtbar. Nicht ohne Grund wurde AMIS zu UNAMID und damit international verstärkt.

Angola ist willens und bereit, Truppen in die DR Kongo zu entsenden, doch sollte dies vor allem unter einem multilateralen

10 | „It is going to be a test whether the Europeans see Africa as a strategic issue for Europe, as important as Afghanistan – which for me it is – or whether they think it isn't.“, Jean-Marie Guéhenno, ehemaliger Leiter des UN Peacekeeping Departments, in einem BBC-Interview am 21.11.2008, „Elite troops needed in DR Congo“, www.bbc.co.uk.

Banner geschehen. Zum einen, um eine Regionalisierung des Konfliktes und eine Provokation Ruandas zu vermeiden, zum anderen, um auch Vorbehalten innerhalb der kongolesischen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Angolanische Truppen befanden sich bereits zwischen 1998 und 2002 in der DR Kongo. 2007 kam es darüber hinaus zu Spannungen aufgrund einer Grenzstreitigkeit im diamantenreichen Territorium von Kahemba/Bandundu Provinz. Dort hatten plötzlich angolansische Truppen die Nationalflagge gehisst und das Gebiet als Teil Angolas deklariert. Eine internationale Untersuchungskommission musste sich des Themas annehmen und insbesondere die politische Opposition verurteilte scharf den vermeintlichen Ausverkauf des Landes durch eine Luanda nahestehende Regierung Kabilas.

Die bereits erläuterte bilaterale Krisendiplomatie zwischen Kigali und Kinshasa und das Engagement beider Seiten sind als äußerst positiv zu bewerten. Auch das von der UN ins Leben gerufene Gipfeltreffen der Staatspräsidenten in Nairobi am 2. November und der daraus resultierende Einsatz des UN-Sondergesandten Olusegun Obasanjo eröffneten neue Wege, insbesondere des Dialoges mit Rebellenführer Laurent Nkunda.

Die bilaterale Krisendiplomatie zwischen Kigali und Kinshasa und das Engagement beider Seiten sind als äußerst positiv zu bewerten.

Für viele Beobachter blieb lange Zeit unklar, was General Nkunda und sein CNDP wirklich als Ziel ihres Engagements sehen.

Im Gespräch mit Obasanjo verlangte Nkunda am 16. November

- direkte Gespräche mit der kongolesischen Regierung unter Einbeziehung eines neutralen Mediators außerhalb der DR Kongo;
- die Überprüfung der mit der chinesischen Regierung geschlossenen Verträge zum Abbau von Rohstoffen in der DR Kongo;
- die Einstellung jeglicher Kooperation zwischen FARDC und FDLR;
- den Schutz aller Minoritäten in der DR Kongo und insbesondere in den Kivu-Provinzen;
- die Integration von CNDP-Soldaten in professionalisierte FARDC;

- die Integration von CNDP-Repräsentanten in die Staatsverwaltung und in die Regierung;
- die Anwendung der Prinzipien einer guten Regierungsführung;
- eine Position für sich selbst innerhalb der FARDC-Führungsspitze.

Inwieweit die kongolesische Regierung zukünftig zu solchen Zugeständnissen bereit sein wird, bleibt zum jetzigen Zeitpunkt offen. Es scheint vielmehr, dass man eine militärische Lösung jeglichen Verhandlungen mit dem CNDP, wie sie unter anderem auch vom kongolesischen Parlament in seinem Krisenplan vom 30. Oktober gefordert wurden, vorzieht. Premierminister Muzito berief sich in seiner Parlamentsansprache gar auf die Worte des römischen Kriegstheoretikers Vegetius: „Wer den Frieden will, bereitet den Krieg vor.“¹¹

DOCH WELCHER WEG FÜHRT AUS DER KRISE?

Eine Lösung des Konfliktes kann nur in Verhandlungen bestehen.

Eine Lösung des Konfliktes kann nur in Verhandlungen bestehen – beginnend mit einem Waffenstillstandsabkommen, das von allen bewaffneten Gruppen eingehalten wird und es erlaubt, der notleidenden Bevölkerung in den betroffenen Gebieten und Flüchtlingslagern humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Momentan wird die unilaterale Waffenstillstandserklärung des CNDP stets durch Mayi Mayi-Rebellen, FARDC, FDLR und CNDP selbst unterlaufen. Fast täglich kommt es an verschiedenen Orten zu *Low-intensity*-Gefechten, gefolgt von Plünderungen, Morden und Vergewaltigungen. Insbesondere die FARDC-Truppen müssen angehalten werden, die im Abkommen von Goma festgelegten *disengagement zones* zu respektieren und ihre eigenen Reihen zu stabilisieren und, vor allem, zu disziplinieren.

Ein General Nkunda hat nichts zu verlieren und wird sich dementsprechend verhalten. Ein internationaler Haftbefehl aus Den Haag wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Werden die FDLR-Truppen erst einmal demobilisiert werden (gewaltsam oder freiwillig), wird auch ein Hauptmotiv Nkundas für den bewaffneten Kampf und damit auch Ruandas Argument der eigenen sicherheitspolitischen Bedrohung weg-

11 | „Igitur qui desiderat pacem, praeparet bellum“, Vegetius in *Epitoma Rei Militaris*.

fallen. Entscheidend wird dann sein, inwieweit der ökonomische Faktor dieses Konfliktes und die Komplexität und Heterogenität der Akteure und deren Profit weiteren Zündstoff für eine Fortsetzung und Unterstützung der Warlord-Strukturen¹² liefern wird.

12 | Für eine Analyse der Warlord-Strukturen in schwachen Staaten siehe: William Reno, *Warlord Politics and African Politics*, Boulder, London: Lynne Rienner, 1998.